

Impressum

Die Blätter der Wohlfahrtspflege werden herausgegeben vom:



WOHLFAHRTSWERK
FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Ingrid Hastedt
Vorsitzende des Vorstandes

Redaktion:

Gerhard Pfannendörfer, Eichwaldstraße 45,
60385 Frankfurt am Main
Telefon 069 447401
E-Mail Gerhard.Pfannendoerfer@t-online.de
Internet
<http://www.gerhard-pfannendoerfer.de>

Verlag und Druck:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & .KG,
76520 Baden-Baden, Telefon 07221 2104-0,
Fax 07221 210427
E-Mail Nomos@nomos.de
Internet <http://www.nomos.de>

Anzeigen:

sales friendly, Verlagsdienstleistungen,
Bettina Roos, Siegburger Straße 123,
53229 Bonn, Fon 0228/ 9268835,
Fax 0228/9268836
E-Mail roos@sales-friendly.de
Internet <http://www.sales-friendly.de>

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Bezugspreise:

62,- €; jährlicher Bezugspreis für Studierende und arbeitslose Bezieher (jährlicher Nachweis erforderlich): 31,- €; Einzelheft 14,- €. Die Preise verstehen sich incl. MwSt. zzgl. Versandkosten. Bestellungen nehmen der Buchhandel und der Verlag entgegen. Kündigung: drei Monate vor Kalenderjahresende.

Copyright:

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Disclaimer:

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Redaktion oder des Verlages wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung und der Verwertung auch in elektronischen Medien einverstanden.
ISSN 0340-8574

Zu diesem Heft

Wenn die Nationaldemokratische Partei eine Hüpfburg bei einem Straßenfest aufstellen will, wenn die (inzwischen verbotene) »Heimatreue Deutsche Jugend« ein kostenloses Ferienlager organisiert, wenn ein Parteibüro der »Deutschen Volksunion« Hartz IV-Empfängern umfassende Beratung anbietet, dann kommt einer der neuen Strategien des Rechtsextremismus zum Tragen. Mit dem Versprechen »Wir kümmern uns darum« wollen sich rechtsextreme Politiker und Organisationen schleichende Zustimmung in der Bevölkerung verschaffen. Sie setzen sich in einer Gemeinde für den fehlenden Kindergarten ein, machen Jugendarbeit, helfen Senioren beim Einkaufen. Sie nutzen soziale Nöte, insbesondere im Osten Deutschlands, und gehen auf arbeitslose Jugendliche und sozial Benachteiligte zu, um sie für ihre Zwecke einzunehmen. »Sozial geht nur national«, lautet ein Slogan der NPD.

Auch Sport-, Jugend- und Sozialorganisation sind nicht gefeit vor undemokratischen und neonazistischen Tendenzen in ihren eigenen

Reihen. Die Wohlfahrtsverbände haben diese Gefahr inzwischen erkannt und suchen nach angemessenen Lösungen. »Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, ihre Träger und andere Vereine müssen sich dem Problem stellen, dass rechtsextremistische Gruppierungen versuchen, in die klassischen Arbeitsfelder der Jugendarbeit oder des freiwilligen Engagements vorzudringen, wie Jugendrotkreuz, THW oder Freiwillige Feuerwehr«, so Prälat Dr. Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritasverbandes. Als damaliger Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege eröffnete er im vorigen Jahr einen Fachkongress unter dem Titel »Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen«.

Diese Veranstaltung gab auch die Anregung für das vorliegende Themenheft der Blätter der Wohlfahrtspflege. Ziel des Kongresses war es, wie Thomas Niermann und Mahmut Kural in ihrem Einleitungsbeitrag schreiben, die Aktivitäten und Strategien rechtsextremer Organisationen zu thematisieren und in den Fokus der Sozialen Arbeit zu rücken. Kommunalpolitische Gegenstrategien sollten entwickelt werden und aktuelle Ansätze der Gemeinwesenarbeit und der Jugendarbeit zur Sprache kommen. Erörtert wurde, wie Mitgliedschaften von Rechtsextremen in den Wohlfahrtsverbänden verhindert und Unterwanderungen von Einrichtungen und Diensten erkannt und vermieden werden können. Ebenso wurde beraten, welche Hilfen für jungen Menschen notwendig sind, um aus der rechtsextremen Szene aussteigen zu können.

»Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.«

Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

Gerhard Pfannendörfer
– Redaktion Blätter der Wohlfahrtspflege –